

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst (sowie der Frauen- und Jugendzeitung) einschließlich Postgebühren monatlich 80 Pf. Täglich die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedienten: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1763. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertats werden die 6 Spaltenzeitung mit 35 Pf. berechnet, bei besonderer Anfertigung mit Rabatt gewährt. Berechnungsbasis 20 Pf. Insertats müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 9.

Dresden, Donnerstag den 13. Januar 1910.

21. Jahrg.

Der Terrorismus des Staates.

Der Reichstag beriet am Mittwoch die Interpellationen des Zentrums und der Polen über die Kattowitzer Maßregelungen.

Bekanntlich gilt in Preußen-Deutschland die wirkliche oder angebliche Einflußnahme eines Privatmanns auf die Abstimmung eines Gesetzes oder die Abstimmung eines Gesetzes als „schamloser Terrorismus“, die Strafverfolgung von Beamten aber oder der Hinanspruch von Arbeitern wegen ihrer Abstimmung als „Weltentmachung gottgewollter Realitäten“, wie Bismarck sich so schön ausdrücken pflegte. Wenn irgendwo, so blüht in Ober-Sachsen das Maßregelungsregiment. An der oberen Oder hat der Feudalismus nicht weniger schlimme Organe gekostet als in den Ostprovinzen und nirgends hatte er für den sich breitmachenden Kapitalismus so ungepörrte Volkswaffen geschaffen als eben dort. Schließen im allgemeinen und Ober-Sachsen im besonderen ist geradezu typisch für die Verpuppung von Feudalismus und Kapitalismus, wie noch heute in der „Schlesischen Wälder“ Wilhelm Wolff, des Freundes der Karl Marx, nachzulesen von Nutzen ist. Sprachverwirrung und konfessioneller Haß durchkreuzen und verschärfen nun noch die sozialen Gegensätze, die der Feudalismus gegen den Kapitalismus vertritt. Bei den juristischen Schwergewichten, mit denen die sozialdemokratische Agitation noch zu kämpfen hat, kann es nicht wundernehmen, daß vor einer sozialistischen nationalen Partei mit sozialen Wurzeln wie die Polen der Kattowitzer Richtung sich schließt. Das Zentrum, das hier früher keine Tomäne hatte, sah sich fast in den Hintergrund gedrängt und mußte sich, um nicht ganz gerettet zu werden, zum Wahlbündnis mit den erst in während bestehenden Polen verstehen. Im kommunistischen Wahlkampf von Kattowitz haben nun katholische Reichsbeamte von ihrem staatsbürgerlichen Recht Gebrauch gemacht und gegenüber dem Kandidaten der liberal verummtenen Kapitalisten-Gruppe für die polen-sozialistische Kompromißkandidatur gestimmt.

Nichts liegt uns ferner, als uns für die polen-sozialistische Gesellschaft ins Zeug legen zu wollen, die die Verantwortung an dem großen Staatsverbrechen des vergangenen Sommers trägt. Daß der Interpellationsführer des Zentrums, Graf Oppersdorf, sich höchlich über einen Gymnasiallehrer ereiferte, der es gewagt hatte, in einer Parteiverammlung neben einem leidenschaftlichen Sozialdemokraten auf dem Podium zu sitzen, zeigt mit hinlänglicher Deutlichkeit, was es mit der Würde des Zentrumsführers der staatsbürgerliche Beamtenfreiheit auf sich hat. Immerhin fanden Graf Oppersdorf und der Pole Korzany scharfe und bisweilen gute Worte und schritten bedeutend besser ab als der die Interpellation beantwortende Staatssekretär Delbrück, der Schatzmacher auf dem Stuhle Bolshakows, der das Maßregelungsrecht als ein Kleinod deutscher Reichsherrschaft in Anspruch nahm. Die Rede Delbrücks, der im Laufe der Debatte noch eine zweite ähnliche Rede folgte, erregte wahre Stürme von Lachen, Pfiffen und Widerspruch. Nicht besser als Herr Delbrück schritt Herr Krause ab. Nach Herrn Krause sind die betroffenen Beamten eigentlich belohnt worden, da man sie vom unpopulären Kattowitzer nach anderen angenehmen Orten versetzt hat.

In der Beurteilung der Interpellation ergreift zunächst im Widerspruch mit allen früheren Vorgehensweisen des Hauses das Mitglied einer Interpellierenden Partei, Herr Gröber, das Wort. In einer Wirtschaftskommunikation am Schluß der Sitzung wurde dieses Verhalten dem Genossen Singer, dem sich mehrere liberale Redner anschlossen, scharf gerügt. Die Rede Gröbers war eine in ihrer Art vorzügliche Anklage gegen die Eingriffe der Behörden in die Wohlfahrt der Beamten. Was natürlich das Zentrum nicht hindert, gelegentlich und nicht gar selten nach Maßregelungen sozialdemokratisch wählender Beamten zu rufen. Eine unersichtliche Paradoxie ist die Rede der Nationalliberalen Singer. Die Vororgane ängstlicher Demagogen, die die Nationalliberalen mit Automobildeswegen nach links eilen, wird dadurch hoffentlich beirrt. Daß der konservativ Herr Singer gegen Beamtenmaßregelungen nicht einzuwenden hat, versteht sich am besten. Da wir aber in der Zeit des Schnapsbrotlebens, so büete sich der bürgerliche Wohlstand der Junkerpartei sehr wohl, das liebe Zentrum irgendwie hat anzugreifen. Ueberhaupt darf man nicht glauben, daß die Kattowitzer Meinungsverschiedenheiten Heilige und Ritter auf längere Zeit einander entfremden werden. Edele Seelen finden sich immer. Die Vertagung der Maßregelungen wird in der Donnerstagssitzung festgestellt werden.

Kolonialdebatten.

Die Kolonialdebatten legen in diesem Jahre die Verhandlungen in der Budgetkommission des Reichstages ein. Begonnen wird mit der Beratung des Nachtragsetzes für 1909. Es handelt sich dabei um Geldforderungen für Eisenbahnbauten in Ostafrika und in Südwestafrika. Von der Beratung der Eisenbahnbauten sind eingehende Gutachten über die Befriedigungswürdigkeit, den Bauplan, die Diamantengewinnung und Fragen der Selbstverwaltung der Schutzgebiete nicht zu trennen. Ueber die Diamantengewinnung in am Diensten aber erst eine Textschrift verteilt worden. Die Kommission lehnte dabei ab, darüber schon zu berichten. Ueber die Diamantengewinnung mit Tarnburg noch nicht verhandelt, weil er sich dazu noch vorbereiten muß.

Die Kommission behält jetzt über die Fortführung der Namibabahn von Swakopmund bis Kolbe (Schwarze) zu verhandeln. Die Kosten sind auf 12 1/2 Millionen Mark veranschlagt. Die Firma Kuntz u. Co. baut schon tüchtig an der Linie, die jetzt erst vom Reichstag

genehmigt werden soll. Der Fortbau wegen arbeitet sie auf eigene Rechnung und Gefahr. Die Zustimmung des Reichstages ist allerdings sicher. Die Mehrheit der Budgetkommission hat sich schon im Vorjahr so gut wie festgelegt. Keiner für solche Sachen ist Herr Senker, trotzdem er an kolonialen Unternehmungen nicht uninteressiert ist. Ihm kann gar nicht Geld genug in die Kolonien hineingehört werden. Er begann denn auch seine Ausführungen sofort mit einer Klage darüber, daß die Bahn nicht gleich bis Kapstadt fortgeführt werden soll. Der Reichstagspräsident und der Nationalliberaler Arning waren in dableibende Dorn. Sie möchten nicht nur die Bahn recht weit fortzuführen, sondern auch in Tanga große Eisenarbeiten ausführen lassen.

Von mehreren Rednern wurde Tarnburg daran erinnert, daß er in der Frage der Befriedigung der Namibabahn vorzunehmen hat. Für die Befriedigung mit Weizen, die ihm früher nicht unpopulär war, seien, sagt er sich jetzt ins Zeug, nachdem Unterstaatssekretär v. Underquill seine Gründe dargelegt hat.

Der Staatssekretär Heine seinen Ausführungen die prinzipielle Erklärung voran, daß bei allen Projekten für die Kolonien die Rücksicht auf die Finanzen des Reiches im Vordergrund des Interesses stehen müsse. Die Reichsfinanzen gelitten aber nicht, weil die Kolonialprojekte die bedeutsame Opfer fordern, jetzt zu beschließen. Nach dem die Hälfte für die Kolonien recht beträchtlich. Dazu sind 300 Millionen für Eisenbahnen zu veranschlagen und noch dazu die Befriedigung der deutschen Eisenbahnen für Kolonialzwecke noch dazu ist. Daß er in der Befriedigungsfrage eine Entscheidung vorgenommen hat, bestreitet Tarnburg. Er habe sich wie gegen die Befriedigung ausgesprochen, sondern nur betont, daß jeder auf eigenes Risiko hinausgeht. Letztes mit 15 000 M. Kapital sind in Ostafrika noch Kleinrenten. Mit weniger Geld sei kaum vorwärts zu kommen. Auf das Risiko, das jeder Angehörige sich auferlegt, sei auch jetzt noch hinzuweisen. Der Unternehmungsgeist und Geld habe, möge hinausgehen, wemgleich die Sache nicht ungelöstlich ist.

Bei dem Ausbau des Hafens von Tanga sei vorzüglich zu verfahren. Einmal werden jetzt erst ungefähr 2000 Tonnen Eisen verfahren, also ein kleines Quantum. Ein großer Ausbau, wie er gewünscht werde, würde 10 Millionen Mark kosten. Geplant sind Ausgaben in Höhe von 1 1/2 Millionen Mark für Eisenbahnen.

Unterstaatssekretär v. Underquill berichtet sodann eingehend über die Erfahrungen, die er auf seiner ostafrikanischen Reise gesammelt hat. Er sah zuerst noch wenig bekannte Gebiete und will an der Weiterführung gelangt sein, daß viele Hochplatons zur Befriedigung mit Weizen gelangt sind. Es soll Holzgärten und Viehhöfe in anderen Gebieten zum Erfolg garantieren; in anderen Gebieten soll Kaffee- und Baumwollbau zu bauen sein. Die lange Rede war eine ganz hübsche Reisebeschreibung, bei der über bedeutende Dinge vorübergegangen wurde. Es hielt keine Rede mehr, daß die zur Befriedigung vorgelegenen Gebiete von Weizen ohne schwere gesundheitliche Gefahren democht werden können, es droht die Gefahr der Kindersterblichkeit, und die Zeit eilige, der wichtigste Feind der Kinder, ist auch hellenreife gefunden worden. — Dienstag werden die Debatten fortgesetzt.

Vor den finnischen Landtagswahlen.

Aus Finnland wird uns geschrieben: Die politische Lage und die Parteienverhältnisse in Finnland bieten namentlich jetzt, am Vorabend der Landtagswahlen, viel Lehrreiches. Die Maßnahmen der russischen Regierung, die zielbewusst auf die Vernichtung der finnischen Freiheiten hinabzielt, die über die Verwaltungsbefugnisse, den Senat, mit ihren Kreaturen überlegt hat und das Land mit Militär und Polizeispitzen überflutet, rufen bei der Bevölkerung naturgemäß nur Unwillen hervor. Aber zu einer festen und zielbewussten Opposition verbindet sich dieser Unwille zunächst nur bei der Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie, die sich vor 1905 wenigstens zu dem waffenlosen Widerstand aufgestanden und um ihre Profitsachen zu bekümmert, daß sie sich weiter als bis zu gelegentlichen, papiernen Protesten kaum aufgeworfen wird. Die Rechtsanwältliche haben allerdings einen kleinen Feldzug gegen die völlig ungeliebliche Einführung der russischen Stempelsteuererlassen in Finnland unternommen. Sie fordern das Volk auf, diese ungeliebliche Stempelsteuer nicht zu bezahlen. Dagegen klagen aber die Alkoholkapitalisten bei dem Ausfließen gegen eine vom Landtage angenommenen neuen Arbeiterbeschwerung der Alkoholproduktion, und der Senat verfügte die Nichtbeachtung des neuen Gesetzes und die Erhebung der alten Steuer! Es ist ebenfalls ein offenes Geheimnis, daß die Unternehmer den brennenden Wunsch hegen, der Senat möchte dem vom Landtage angenommenen neuen Arbeiterbeschwerung eine Empfehlung mit auf den Weg geben, die keine Nichtbeachtung in Petersburg zur Folge haben würde.

Die dritte Volksovertretung wurde befallig aufgelöst, weil sie sich gegen die vom Jaren auferlegte Militärkontribution auszusprechen wagte. Seitdem hat die Begehrtheit gegen die Millionenforderung merklich abgenommen. Sowohl die „Schwedische Volkspartei“ — ohne Volk — wie auch die „Jungfinnen“ — ohne jugendlichen Mut — Ährens sich nur noch dahin, daß man sich nur gegen die Form, wie die Kontribution auferlegt wurde, aussprechen müsse, aber die Millionen selbst, sobald sie auf geleglichem Wege gefordert würden, wohl bewilligen könne. Nur ganz vereinzelte Stimmen in der bürgerlichen Presse sprechen sich jetzt noch gegen jene derartige Forderung aus. Die reaktionären „Suometarier“ dagegen suchen eifrig nachzuweisen, daß die Finnen mit ihrer Militärkontribution eigentlich zu begünstigten seien, da letzten ein Volk mit dem Militarismus so billig davon käme! Bei ihnen handelt es sich momentan darum, ob

es ihrerseits nicht richtiger gewesen wäre, im Senat auszuhalten und nicht zurückzutreten. Sie scheinen zu der Gewißheit gekommen zu sein, daß es ein Akt der „politischen Ungehorsamkeit“ sein würde, wenn sie jede passende Gelegenheit ausnützten, um wieder in den Senat zu gelangen. Ihre Bekanntheit gipfelt darin, daß die Gesetze Finnlands jetzt nicht nach dem Buchstaben des Gesetzes geltend werden können, und daß man die realen Verhältnisse als bestimmend im Auge behalten müsse. Mit anderen Worten: Da unsere Verfassung russischerseits nicht beachtet wird, und wir ihr mit unserer ruffischerseits nicht Beachtung verschaffen können, so bleibt uns nur ein Weg übrig — der Weg der Unfähigkeit und Ergebenheit —, um den starken Gegner durch machtlose Opposition nicht noch mehr zu reizen! Fürwahr, eine armfertige Politik, aber sie ist der rückgratlosen Bourgeoisie mehr oder weniger überlassen zu eigen! Und die Suometarier stehen durchaus nicht allein. Auch die Schweden und Jungfinnen bekennen sich in steigendem Maße zu dieser würdevollen feigen Politik. Nur die Partei der Kleinbauern noch nicht. Sie ist für den Kampf gegen die Reaktion im gewissen Sinne noch zu haben. Aber sie ist zu klein, um etwas zu bedeuten. Offenbar wird sie aber in den bevorstehenden Wahlen von den großen bürgerlichen Parteien obermal größeren Stimmenzuwachs erhalten.

Die großen bürgerlichen Parteien befinden sich gegenwärtig in einem Zerlegungsstadium. In allen diesen Parteien macht sich eine Spaltung bemerkbar. Sowohl die brutale Gewaltpolitik gegen ihre verfassungsmäßigen Rechte, wie auch die wachsende Bedeutung des Proletariats zwingt sie dazu. Die ehemaligen Konstitutionalisten haben einen Frontwechsel vornehmen müssen, indem sie sich für den inneren oder für den äußeren Feind erklärten. Gegen den einen mußten sie die Hilfe des anderen in Anspruch nehmen. Vielleicht ist die endgültige Form noch nicht gefunden, in welcher Weise sie sich verkaufen werden. Doch sie aber gefunden wird, steht außer Zweifel. Das beweist schon die einfache Tatsache, daß die Bourgeoisie geschlossen nur an den Kampf gegen die Sozialdemokratie denkt. Zwar ist der Wahlkampf, abgesehen die Wahlen bereits am 1. Februar stattfinden, noch nicht völlig entbrannt, aber es steht außer Frage, daß es hauptsächlich heißen wird: Die Proletariat, die Bourgeoisie!

Liberale Blockschmelze.

Man schreibt uns aus Bayern: Während die bürgerliche Linke im Reich wegen des großen Triumphes der Verschmelzung sich nicht genug bewundern kann und schon ohnedies hofft, daß die nunmehr größtenteils gemordete Masse auf Grund eines politisch gewordenen physischischen Gesetzes größere Anziehungskraft auf die Nationalliberalen und die Wähler haben möchte, ist in Bayern die Probe auf das Exempel bereits erledigt: der alte liberalen Farben umfassende und in allen liberalen Farben schillernde Block ist nebst seinem Nürnberger Programmpapier geräuchert in die Brüche gegangen. Was im Reich das schneidende Endspiel ausführender Justizpolitiker ist, hat Bayern jetzt geräumter Zeit gehabt: den liberalen Block. Und dieser Block ist gerissen. Die Blockschmelze vollzieht sich unter dem dröhnenden Niederrollen mächtiger Erklärungs-, Protest- und Beschlußkaminen.

Es ist das Los des deutschen Liberalismus, daß alles ihm zum Unheil ausschlägt. Ob er sich verdammt oder gerettet, immer wird er weniger und ärmer. Er vermindert sich durch Zerteilung und scheitert durch Paarung. Weil ihm die demokratische Lebenskraft fehlt, wird er durch jeden Verjüngungsversuch nur immer schwächer. Alle Operationen, Gründungen, Abänderungen und Erneuerungen des deutschen Liberalismus sind nur die künstlich erweckten Abenteuer von Greisen, die an solchem Kräfteaufschwung zusammenbrechen.

Die Nationalliberalen haben dieser Lage, wie schon kurz berichtet, den liberalen Block gefündigt; scharf und bitter. Seit Monaten bestand die Tätigkeit des vereinigten Liberalismus bereits ausschließlich in höchst persönlich gefärbten Reibereien zwischen den höchst unbeträchtlichen Führern; der entsetzte Liberalismus hat keine Persönlichkeiten mehr aufzuweisen, und man vergesse nicht, daß der eine Liberale Müller-Reinigen Bayer ist und kein durch sich selbst die Kraft hat, eine ganze Partei um den Ernst zu bringen. Kritisch wurde die Lage, als die bisher getreue Gefolgschaft der Liberalen, die Lehner, sich gegen den Vorherrscher des liberalen Blocks, den Vizebürgermeister Oberbürgermeister Gassmann, wandten, weil er als Vizebürgermeister ihnen verbrochen hatte, was er als Landtagsabgeordneter ihnen verbrochen hatte. Weil es sich um Gehaltsfragen handelte, schämte der bewährte deutsche Idealismus fast revolutionär. Der Liberalismus hat ja auch die Schufe und die Lehner verbrochen, und man mag es vielleicht als ein kleines günstiges Zeichen betrachten, daß gerade jetzt aus der Masse der radikal-liberalen Gehaltslehrer eine nicht unbedeutende Gruppe von sozialpolitisch tätigen Lehren ausfindet, die es als ihre Lebensaufgabe betrachtet, dahin zu wirken, daß die Volkschufe